

LOKALES

Stadt hofft auf Millionen

Fördermittel für das „Grünband Innenstadt“ sollen eingeworben werden

» Seite 3

Aus Rache zugestochen?

23-Jähriger beruft sich zum Prozessstart vor Gericht auf einen Blackout

» Seite 4

Gebühren steigen

In Bienenbüttel werden Bücher und Hunde teurer

» Seite 7



Hundehalter in Bienenbüttel müssen in Zukunft mehr Hundesteuer zahlen. Foto: dpa

Waldbühne soll weichen

Salzhausen will Platz schaffen für Grundschul-Anbau

» Seite 8

KULTUR

Plattdüütsch für jüngere Leser

Autorin Grete Hoops (82) liefert jedes Jahr ein neues Buch ab, auch 2017

» Seite 11

SPORT

Aufregung um Justin Gatlin

Umstrittener Sprint-Weltmeister wieder unter Verdacht

» Seite 24

WETTER



Heute wird es bedeckt und trüb mit Regen oder Sprühregen. Morgen ist es bewölkt mit gelegentlichen Auflockerungen, zeitweise mit Nieselregen.

» Seite 26

LZ DIGITAL

- » www.landeszeitung.de
- » www.lzsport.de
- » www.lzplay.de



WEIHNACHTSSINGEN BEIM TSV ADENDORF

Lieder gegen die Hektik

„O Tannenbaum“ singen Christin, Tine, Andrea und Melanie (von links) mit Tochter Mara auch ohne Hilfe eines Liederbuchs. Die Fünf gehörten zu den Besuchern beim 1. Weihnachtssingen des TSV Adendorf auf dem Sportplatz. » Seite 25

Politik will sich besser um die Terroropfer kümmern

Bei dem bewegenden Gedenken zum Jahrestag des Berliner Anschlags bitten Merkel und Steinmeier die Hinterbliebenen um Verzeihung für Fehler und Versäumnisse

Berlin. Tränen, Trauer und Selbstkritik der Politik: Ein Jahr nach dem Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche hat Deutschland an die zwölf Todesopfer und rund 100 Verletzten erinnert. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) räumten Versäumnisse des Staates bei der Betreuung und Unterstützung der Angehörigen und Überlebenden ein. Berlins Regierungschef Michael Müller (SPD) bat die Betroffenen um Entschuldigung. Etliche von ihnen hatten sich über mangelnde Hilfe, fehlende Ansprechpartner und schleppende Entschädigungen beklagt.

Seit gestern erinnert am Tatort ein Mahnmal an den schlimmsten islamistischen Anschlag in Deutschland. Der tunesische Attentäter Anis Amri war am Abend des 19. Dezember 2016 mit einem gekaperten Lkw in den Weihnachtsmarkt gerast. Wenige Tage später wurde er auf der Flucht in Mailand von italienischen Polizisten erschossen. Manche Unterstützung für die Angehörigen der Opfer und

„Wir lassen Sie mit alledem nicht allein.“

Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsident

für die Verletzten sei spät gekommen und unbefriedigend geblieben, sagte Steinmeier bei einer nicht öffentlichen Gedenkveranstaltung vor Hinterbliebenen in der Gedächtniskirche. „Viele Hinterbliebene und Verletzte haben sich nach dem Anschlag vom Staat im Stich gelassen gefühlt.“ Das werde sich ändern. „Ich will Ihnen versichern: Wir lassen Sie mit alledem nicht allein.“

Merkel sagte zu, Lehren aus den Erfahrungen im Umgang mit den Betroffenen zu ziehen. Gespräche mit den Hinterbliebenen hätten ihr gezeigt, welche Schwächen der Staat in dieser Situation gezeigt habe. „Heute ist ein Tag der Trauer, aber auch ein Tag

des Willens, das, was nicht gut gelaufen ist, besser zu machen“, versprach sie.

Bei einer Gedenkstunde bat Müller Verletzte und Angehörige der Toten um Verzeihung. Er räumte als demütigend empfundenen Verwaltungshandeln, fehlende Ansprechpartner und schwere Pannen bei der Verfolgung des Täters ein. „Wir können nun ahnen, wie tief Ihr Schmerz sitzt und dass das auch Wut auslöst.“ Der Opferbeauftragte der Bundesregierung, Kurt Beck, forderte feste Ansprechstellen für Betroffene und bessere Entschädigung. „Wir waren, das muss man konstatieren, in Deutschland nicht ausreichend vorbereitet.“ dpa » Seite 15

Ein Vorbild für Berlin

Stephan Weil lobt seine große Koalition und rät von Inszenierungen ab

Hannover. Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hält nichts von Inszenierungen. In den Sondierungen von Union und SPD auf Bundesebene „sollte schon zum Ausdruck kommen, dass man aus dem Scheitern von Jamaika gelernt hat: Also keine endlosen Verhandlungen, erst recht keine Balkon-Inszenierungen, sondern konsequentes hartes und verschwiegenes Arbeiten“, sagte Weil in einem Interview mit unserer Zeitung.

Der Regierungschef empfahl seine große Koalition in Hannover als Vorbild für Berlin. „Wir

haben uns in den Verhandlungen von Anfang an bemüht, dass wir uns nicht in unproduktiven Konflikten verzetteln.“ Und man habe keine faulen Kompromisse geschlossen.

Statt eines neuen Anlaufs für einen Islam-Staatsvertrag strebt Weil Einzelabsprachen mit den muslimischen Verbänden an. „Wir müssen jetzt konkret schauen, wie wir weiterkommen, ob es jenseits der zunächst angepeilten Form von Vertragsabschlüssen andere Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit gibt“, sagte Weil dem Bremer „Weser-Kurier“. Wie die Staatskanzlei mitteilte, will sich der Regierungschef an diesem Mittwoch mit Vertretern der muslimischen Verbände treffen.

Einen umfassenden Vertrag, wie er lange angestrebt wurde, sehe er dagegen skeptisch, sagte Weil dem „Weser-Kurier“. „Objektiv

bestehen da gewisse Hindernisse“, meinte er. „Wir erleben zum einen eine deutliche Verhärtung in den Beziehungen insbesondere zwischen Deutschland und der Türkei. Einer der großen Partner, nämlich Ditib, pflegt enge Beziehungen zur türkischen Religionsbehörde Diyanet.“ Zum anderen gebe es Schwierigkeiten mit dem deutschen Körperschaftsrecht. „Dieses ist mit der Organisationsstruktur der islamischen Verbände nicht ganz zueinander zu bringen.“

In der abgelaufenen Legislaturperiode hatte Rot-Grün den fast fertigen Vertrag mit den Muslimverbänden Ditib und Schura wegen der von Weil genannten Bedenken auf Eis gelegt. Die muslimischen Verbände hatten empört auf den Kurswechsel der neuen Landesregierung reagiert. nt/lnt » Seite 16



Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und seine Regierung nehmen Abstand von einem umfassenden Islam-Staatsvertrag. Foto: lnt

Mängel bei Vergabe der Studienplätze

Karlsruhe. Das Verfahren zur Vergabe von Studienplätzen im Fach Humanmedizin ist teilweise verfassungswidrig und muss bis Ende 2019 neu geregelt werden. Mit dem aktuellen Verfahren wurde der grundrechtliche Anspruch der Studienplatzbewerber auf gleiche Teilhabe am staatlichen Studienangebot verletzt, entschied das Bundesverfassungsgericht. Grundsätzlich sei die Vergabe nach den besten Abiturnoten, nach Wartezeit und nach einer Auswahl durch die Universitäten aber mit dem Grundgesetz zu vereinbaren. Bund und Länder müssen nach dem Urteil bis zum 31. Dezember 2019 verschiedene Mängel in ihren Gesetzen beheben. So muss bei der Vergabe nach Wartesemestern der Zeitraum begrenzt werden. Aktuell sind 15 Halbjahre nötig, um zum Zuge zu kommen. Das Gericht deutete an, dass vier Jahre eine Grenze sein könnten. dpa » Seite 18

Prämie für Umtausch läuft länger

Wolfsburg. Der VW-Konzern, Daimler, BMW und Ford verlängern ihre Umtauschprämien für alte Dieselaautos über das Jahresende hinaus. Mit den Kaufanreizen wollen die Konzerne Dieselaautos mit hohem Stickoxidausstoß von der Straße holen und Fahrverbote in einzelnen Städten verhindern. Seit dem Start des Prämienangebots im August hätten schon mehr als 110.000 Kunden des VW-Konzerns ihre Euro-1- bis Euro-4-Dieselaautos zum Verschrotten abgegeben und mit der Prämie ein neues Auto gekauft, teilte VW mit. Die eigentlich bis Jahresende befristete Aktion werde nun bis Ende März verlängert. Daimler und BMW verlängern laut „Automobilwoche“ ihre Prämien sogar bis Ende Juni. dpa » Seite 19

